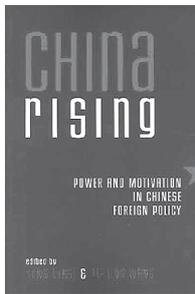


Ideologie und Interessen

Chinas neue Außenpolitik zwischen Wirtschaft und Nationalismus

von Dirk Nabers

Vor wenigen Monaten hat der einflussreiche amerikanische Autor Robert Kaplan einen neuen Kalten Krieg prophezeit. In diesem Szenario standen sich als künftig gleichrangige Gegner USA und China gegenüber. China ist der aufsteigende Stern unter den Großmächten. Einige Neuerscheinungen helfen dabei, die chinesische Außenpolitik besser zu verstehen.



Yong Deng und Fei-Ling Wang (Hrsg.): *China Rising. Power and Motivation in Chinese Foreign Policy.* Rowman and Littlefield Publishers, Lanham 2005. 349 Seiten, € 91,79.

Die Außenpolitik der Volksrepublik China befindet sich in einer historisch beispiellosen Umbruchsituation. Niemals zuvor erfuhr das Land ein derartiges Maß an globaler Bewunderung; niemals konnte es mit einer ähnlichen materiellen Machtbasis aufwarten; und niemals war die internationale Verhandlungsposition Pekings besser als heute. China schickt sich an, zur Supermacht des neuen Jahrhunderts aufzusteigen; ungebremst ist das Wachstum, ungeahnt sind die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten.

Das ist die eine Seite des Wandels. Die andere Seite zeigt ein innenpolitisch zerklüftetes Land, das mit der eigenen Stellung im internationalen System notorisch unzufrieden ist, das nach schnellerer Anerkennung und schnellerem Wachstum giert und in dem ein durch historische Animositäten gespeister Nationalismus gefährlich um sich greift.

In dieser dynamischen und für viele Beobachter beunruhigenden Transformationsphase, diesem Spannungsverhältnis unterschiedlichster außenpolitischer Anforderungen und einer innenpolitischen Situation, die von zunehmender gesellschaftlicher Pluralisierung und wirtschaftlicher Öffnung gekennzeichnet ist, kommt politischen Rahmenbedingungen, zumal der Herstellung gesunder Beziehungen zu den Nachbarn im ostasiatischen Umfeld, eine außerordentliche Bedeutung zu.

Nicht von ungefähr widmen sich immer mehr ökonomische und politikwissenschaftliche Studien der „neuen“ chinesischen Außenpolitik. Die meisten Analysen gehen von einem Wiedererstarken Chinas nach einem Jahrhundert des Niedergangs aus. Sie zeichnen bisweilen Angst einflößende Szenarien eines weltbeherrschenden Monstrums, das seine Stellung als globale Produktionsplattform zur Machtprojektion nutzt und den USA die Stellung als globaler Hegemon streitig macht.

Aus der Breite der Darstellungen ragen einige empirisch-analytische Untersuchungen heraus, die auf der Grundlage historischer Sachkenntnis und theoretischer Schärfe ein neutraleres Bild der Großmacht in Ostasien zeichnen. Von besonderem Wert sind dabei solche Studien, die von Auslandschinesen verfasst oder ediert wurden und die trotz einer gewissen geographischen Distanz zur Heimat mit einem präzisen Quellenstudium aufwarten und ein tiefes Verständnis für die kulturellen Eigenheiten der chinesischen Entwicklung an den Tag legen.

Ein Beispiel für eine wissenschaftlich stringente außenpolitische Analyse ist der kürzlich von Yong Deng und Fei-Ling Wang herausgegebene Sammelband „China Rising: Power and Motivation in Chinese Foreign Policy“. Beide Herausgeber lehren an sehr renommierten amerikanischen

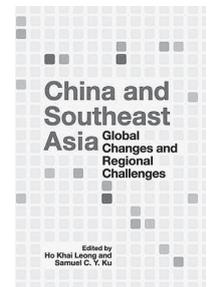
Universitäten, beeindruckt mit einer langjährigen, regen Publikationstätigkeit zur chinesischen Außenpolitik und müssen als intellektuell führende Vertreter in diesem Politikfeld angesehen werden. Ihr neuestes Ergebnis wissenschaftlicher Produktivität besticht einmal mehr durch die Ansammlung einer faszinierenden Vielfalt von Artikeln, die aus unterschiedlichen Perspektiven einzelne Aspekte der chinesischen Außenpolitik behandeln. Was den Band von der inzwischen befremdend hohen Zahl zusammenhangloser Sammelbände sozialwissenschaftlicher Disziplinen unterscheidet, sind die drei einleitenden Kapitel von Deng und Wang, in denen ihrer Politikfeldanalyse der Weg bereitet wird. Hier werden die ideellen Grundlagen außenpolitischen Handelns eruiert.

Es wird in konstruktivistischer Weise argumentiert, dass die chinesische Mentalität durch eine bizarre Mischung aus tiefer Frustration, Unsicherheit und einem weit verbreiteten Opferbewusstsein belastet wird. Nur durch bisweilen zweistellige Wachstumsraten im letzten Jahrzehnt konnte die Volksrepublik zu einem ehrgeizigen Partner des Westens werden, und inzwischen wird dort die im Westen weit verbreitete Beschreibung Chinas als wachsender Gigant nur zu gerne aufgenommen und im außenpolitischen Spiel um weltweiten Einfluss genutzt.

Eine ganze Schar führender amerikanischen China-Experten analysiert auf dieser Grundlage die Entwicklung der Außenpolitik der Volksrepublik in den letzten Jahren. Mit Erleichterung nimmt der Leser zur Kenntnis, dass hier keine Schwarzmalerei betrieben wird, obwohl Peter Hays Gries in seinem Beitrag argumentiert, dass ein tief verwurzelter und in letzter Zeit wachsender Natio-

nalismus der Schlüssel zum Verständnis chinesischer Außenpolitik ist. Gries verfolgt zwei bemerkenswerte Argumente, die vom rationalistischen Mainstream der politikwissenschaftlichen China-Forschung abweichen: Erstens könne ein sozialpsychologischer Ansatz die mannigfaltigen Motive chinesischer Nationalisten besser einfangen als eine Analyse der Anreizstrukturen und der sich daraus ableitenden Handlungsoptionen; und zweitens müsse Außenpolitik immer als Zwei-Ebenen-Spiel aufgefasst werden, in dem gesellschaftliche Akteure und Institutionen – insbesondere die Partei – der Regierung den Handlungsrahmen vorgeben, und auf zwischenstaatlicher Ebene die Regierung die Verhandlungen nutzt, um dem intern abgesteckten Handlungsrahmen zu entsprechen oder ihn auszuweiten. Der populäre Nationalismus in China wird dabei immer mehr zum Hemmschuh bei internationalen Verhandlungen.

Bemerkenswert sind diese Äußerungen, da sie entgegen den rationalistischen Traditionen in der Politikwissenschaft für die stärkere Beachtung der Ideen werben, durch die staatliche Interessen erst konstituiert werden. Überhaupt ist der Band von Deng und Wang eindeutig auf der konstruktivistischen Seite der moderneren sozialwissenschaftlichen Debatte anzusiedeln. Eine große Bandbreite von Themen wird in dieser Manier abgedeckt, von einer diskursanalytischen Untersuchung der chinesischen Globalisierungsdebatte (Thomas G. Moore), über Pekings facettenreiche Politik in globalen und regionalen Foren (Jianwei Wang), die chinesische Politik gegenüber dem amerikanischen Widersacher (John W. Garver) bis zu Themen wie Menschenrechte (Ming Wan) und Terrorismus (Andrew Scobell).



**Ho Khai Leong
und Samuel C.Y.
Ku (Hrsg.):**
*China and
Southeast Asia.
Global Changes
and Regional
Challenges.*
Institute of
Southeast Asian
Studies, Singapur
2005. 327 Seiten,
€ 30,90.



Linus Hagström:
Japan's China Policy. A Relational Power Analysis.
Routledge, London/
New York 2005.
230 Seiten, € 97,90.

Insgesamt handelt es sich bei diesem Werk um ein neues Standardwerk der gegenwartsbezogenen China-Forschung, das auf Leselisten von Seminaren über chinesische Außenpolitik ebenso wenig fehlen darf wie in den Bücherregalen einer am Wandel Chinas interessierten Öffentlichkeit. Durch den moderat konstruktivistischen Ansatz, der die Strukturen internationaler Beziehungen als ideengeleitet ansieht, wird die analytische Messlatte hoch gehängt. Sie ist jedoch für ein breites Publikum ohne Schwierigkeiten zu lesen, da die empirischen Befunde dicht und gut lesbar präsentiert werden.

Ähnlich verhält es sich mit einer Reihe weiterer jüngst erschienener Bücher zu den Außenbeziehungen der Volksrepublik China, die sich mit der Politik des Riesenreichs gegenüber den Nachbarstaaten in Südostasien sowie gegenüber Japan, Taiwan, Hongkong und den USA beschäftigen. Auch die Perspektive der Herausgeber des zweiten hier besprochenen Buches ist die von Auslandschinesen. Die Auswertung einer großen Anzahl originalsprachlicher Quellen macht sich auch hier recht schnell bemerkbar, indem die chinesische Sicht auf sich selbst häufig mit einer westlichen Perspektive konfrontiert wird. Der von Ho Khai Leong und Samuel C. Y. Ku am international anerkannten Institute of Southeast Asian Studies (ISEAS) in Singapur herausgegebene Band „China and Southeast Asia: Global Changes and Regional Challenges“ stellt ein ebenso beachtenswertes Exemplar wissenschaftlicher Exzellenz dar wie die Publikation von Deng und Wang.

Der Schwerpunkt des Buches liegt, was kaum überraschend ist, auf dem starken Integrationsschub, den Ostasien seit der Krise im Jahr 1997 erlebt. Mit dieser Finanzkrise, die mit

der Abwertung des thailändischen Baht im Juli 1997 begann und schnell auf die meisten Volkswirtschaften Ostasiens übergriff, hat in der Region eine dynamische Entwicklung internationaler Institutionenbildung eingesetzt. Dabei ist insbesondere das 1997 initiierte Forum der ASEAN + 3 zu nennen, das sich in den Folgejahren deutlich profilieren konnte. Erstmals deutet sich in der Region zwischen Japan, China und Südkorea im Norden sowie der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN im Süden die Herausbildung eines gemeinsamen politischen Komplexes „Ostasien“ an.

Vieles wird künftig davon abhängen – so der Tenor des Buches –, ob China seine Integrationsinitiativen bilateral im Rahmen der so genannten ASEAN + 1 oder multilateral unter Einschluss Japans und Südkoreas innerhalb der ASEAN + 3 vorantreiben wird. Es kommt insbesondere auf die erfolgreiche Entwicklung der Achse Tokio–Peking an. Zahlreiche Fragen sind damit verbunden: Welche Logik steckt hinter der Gründung von Freihandelszonen in der Region? Welche innenpolitischen Handlungsbeschränkungen bestimmen die Beziehungen Chinas zu seinen Nachbarn? Wie ist die Entwicklung des Kräfterdreiecks China–Südostasien–Taiwan einzuschätzen? Schließlich: In welchem Verhältnis stehen wirtschaftliche Verflechtung und politische Institutionalisierung?

Wer Antworten auf solche Fragen sucht, findet sie in dem Band von Leong und Ku. Das Buch fasst die bi- und multilateralen Integrationstendenzen in Ostasien in einem gedrängten empirischen Überblick zusammen. Einziges Manko des Bandes ist die fehlende synoptische Verbindung der einzelnen Beiträge. Leong und Ku versäumen es, die wichtigsten Aspekte

te dieses komplexen Themas am Ende auf den Punkt zu bringen und lassen den Leser letztlich mit der Frage nach den Perspektiven der chinesisch-südostasiatischen Beziehungen allein.

Ähnliche Vorwürfe zielen bei einem anderen kürzlich publizierten Werk zur internationalen Politik in Ostasien ins Leere. Linus Hagström von der Stockholm School of Economics hat mit seiner Dissertation „Japan’s China Policy: A Relational Power Analysis“ eines der wichtigsten Bücher zu den japanisch-chinesischen Beziehungen der letzten Jahre vorgelegt. Kaum ein Buch zu diesem Themenbereich überzeugt durch eine ähnlich gelungene theoretische Herangehensweise, eine intelligentere Argumentationsführung, eine bessere Auswertung originalsprachlicher Quellen – und letztlich interessantere Ergebnisse. Kurz: Jeder, der sich ernsthaft mit den japanisch-chinesischen Beziehungen beschäftigen will, kommt an dieser Arbeit nicht vorbei.

Obgleich auf einem sehr hohen reflexiven Niveau angesiedelt, ist das Buch auch für einen breiteren Leserkreis zu erschließen. Die einführenden Kapitel, in denen Hagström ein umfassendes Machtkonzept entwickelt, bieten eine gute Einführung in die bilateralen Beziehungen der beiden wichtigsten Staaten in Ostasien. Auf dieser Grundlage entwickelt Hagström eine Reihe von Forschungsfragen, die er anhand zweier Fallstudien bearbeitet: Welche Instrumente setzt Japan in politischen Streitfragen zur Beeinflussung seines Nachbarstaats ein? Welche Konsequenzen ergeben sich aus den gewählten Strategien für die chinesischen Interessen? War Japan in der Lage, gegenüber China Macht auszuüben? Welche einzelnen Akteure sind für den politischen Entscheidungsprozess in Japan verantwortlich?

Diese Fragen werden in Hagströms Buch anhand einer komparativen Analyse der japanischen Investitionspolitik in China sowie anhand des Streites über die so genannten Senkaku-Inseln (auf Chinesisch: Diaoyu) beantwortet. Dabei setzt die Arbeit historisch an. Die „Gemeinsame Erklärung zwischen den Regierungen Japans und der Volksrepublik China“ leitete mit ihrer Unterzeichnung am 29. September 1972 durch den damaligen chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai und seinen japanischen Amtskollegen Kakuei Tanaka den Normalisierungsprozess zwischen beiden Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg ein und besiegelte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. In den folgenden Jahrzehnten nahm die Investitionstätigkeit japanischer Unternehmen in China kontinuierlich zu – und damit auch der politische Regelungsbedarf.

Gleichzeitig standen Territorialstreitigkeiten auf der Tagesordnung der bilateralen Beziehungen. Die Senkaku-Inseln, um die es hauptsächlich geht, sind ein rund ein Hektar großes Fischfanggebiet, unter dem Erdölvorkommen vermutet werden. Kurz vor der Rückgabe Okinawas an Japan im Mai 1972, mit der auch die Verwaltung der Inseln an Japan fiel, erklärte Taiwan im April 1971 seine territorialen Ansprüche. Die Diskussion um einen Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen Japan und der Volksrepublik China klammerte die Frage aus; Deng Xiaoping strebte eine spätere Lösung des Problems an.

Anhand der Verhandlungen über japanische Investitionen in China und den Umgang mit den Senkaku-Inseln macht Hagström eindrucksvoll deutlich, wie komplex sich Macht in der internationalen Politik entfaltet.



Evelyn Goh:
Constructing the U.S. Rapprochement with China, 1961–1974. From „Red Menace“ to „Tacit Ally“. Cambridge University Press, Cambridge 2005. 300 Seiten, € 56,87.

Er legt dabei die neorealistische Ansicht ad acta, dass Macht allein eine Funktion materieller Ressourcen sei. Sowohl die Kraft des besseren Arguments als auch eine geschickte Verhandlungsführung können laut Hagström zur Quelle von Macht werden.

Die Monographie ist empirisch wie theoretisch überzeugend und kann als Musterbeispiel einer politikwissenschaftlichen Arbeit gelten. Umso erfreulicher ist es, dass die Asienwissenschaften in letzter Zeit mit einer Reihe vortrefflicher Untersuchungen zu den Außenbeziehungen asiatischer Staaten aufwarten konnten. Dies gilt neben den bereits genannten Beispielen auch für die Dissertation von Evelyn Goh, die nach Lehrjahren an den Universitäten von Cambridge und Oxford nun am Institute of Defence and Strategic Studies der Nanyang Technological University in Singapur forscht und lehrt. Bereits jetzt kann Goh eine beachtliche Forschungstätigkeit attestiert werden, und es besteht kein Zweifel, dass auf ihr erstes Buch „Constructing the U.S. Rapprochement with China, 1961–1974: From ‚Red Menace‘ to ‚Tacit Ally‘“ bald weitere exzellente Arbeiten folgen werden.

In ihrer Arbeit macht Goh von neuen amerikanischen Archivquellen Gebrauch und zeichnet so ein umfassendes und kohärentes Bild des Washingtoner Entscheidungsprozesses in der China-Politik der Regierungen Johnson und Nixon. Im ersten Teil des Buches stellt sie die Frage, ob in der US-Administration während der sechziger Jahre ein Umdenken gegenüber China stattgefunden hat. Die Autorin argumentiert, dass in dieser Phase insbesondere bürokratische Hindernisse und eine offensichtliche Intransigenz auf chinesischer Seite eine Annäherung verhinderten.

In chronologischer Folge untersucht der zweite Teil des Buches die Übergangsperiode von 1969 bis 1971, in der ein versöhnlicheres Denken gegenüber China vor allem von Außenminister Kissinger und Präsident Nixon gepflegt wird. Die dritte Phase setzt 1971 ein und zeigt das komplizierte Wechselspiel der Nixon-Regierung zwischen innenpolitischen und chinesischen Erwartungshaltungen auf. In dieser Phase geht es für die Regierung vor allem darum, die neuen Ideen und Denksysteme auf unterschiedlichen Ebenen zu „verkaufen“.

Gohs Arbeit ist präzise, inhaltlich überzeugend und beeindruckt mit neuen Erkenntnissen. Der einzige kleine Widerspruch des Werkes liegt im theoretischen Bereich. Die konzeptionelle Trennung von Diskursen auf der einen und Ideen auf der anderen Seite ist nur schwerlich aufrechtzuerhalten, werden doch gerade Ideen durch Diskurse transportiert und durch sie erst wirksam. Gleichwohl schmälert dies nicht die informative Dichte dieser Monographie, die außerordentlich gut zu lesen ist und eine Lücke in der modernen China-Forschung füllt.

Insgesamt machen die hier besprochenen Bücher eines deutlich: Der Fokus der regionalen Außenpolitikforschung hat sich in den vergangenen Jahren von der theoriefernen Suche nach den „wahren“ Interessen von Staaten zur konzeptionell anspruchsvollen, meist konstruktivistisch inspirierten Analyse verschoben. Materielle Ressourcen werden häufig in einen normativen Rahmen gestellt, staatliche Interessen mit einem ideellen Fundament versehen. Dies ist ein Fortschritt. Nur durch die Beachtung des Zusammenspiels von Ideen und Interessen kann die Forschung der Außenpolitik eines so komplexen Landes wie der Volksrepublik China gerecht werden.

Woran man sich hält

Gesetze aus Brüssel werden sorgsamer beachtet als nationale

von Alexandra Kemmerer

Dieses Buch wagt Anfänge. Wie oft wird vom Ende des Staates fabuliert. Zwischen Faktizität und Geltung, durch die Brille des anderen, aber aus eigener Perspektive wagt ein Sammelband den genauen Blick auf die Gesetzgebung der EU und kommt dabei zu überraschenden Befunden.

Jenseits der Grenzen des Staates wird die Rechtsbefolgung zur Überlebensfrage des Normativen. Doch was Völkerrechtlern Kopfzerbrechen macht, lässt krisengebeutelte Europäer aufatmen. Denn, so das Ergebnis der in diesem von dem Berliner Politikwissenschaftler Michael Zürn und dem in Florenz lehrenden Juristen Christian Joerges herausgegebenen Band versammelten Studien: Das Recht der EU wird gewissenhafter befolgt als nationale und internationale Gesetzgebung.

„Fast alle Staaten befolgen fast immer fast alle Grundsätze des internationalen Rechts und erfüllen fast alle ihre Verpflichtungen“, schrieb vor einem Vierteljahrhundert der Völkerrechtler Louis Henkin, und kaum ein Buch über „compliance“ kommt ohne diesen wahlweise hoffnungsvoll oder zynisch zu lesenden Satz aus. Weniger oft zitiert wird die daran anschließende, nur auf den ersten Blick triviale Feststellung, dass Rechts- und Politikwissenschaftler von unterschiedlichen Standpunkten aus dieselbe Welt betrachten, wenn sie beobachten, was aus dem Recht im Leben wird – und Henkins Klage über das Unglück, dass sie sich beim Kommentieren und Analysieren dieser Realität nicht einmal gegenseitig hören.

Die Autoren dieses wichtigen Bandes haben, man merkt es ihren Bei-

trägen an, nicht nur aufeinander gehört, sondern gelegentlich auch durch die Brille des andern geschaut, ohne dabei den eigenen Aussichtspunkt zu verlassen. Im mikroskopischen Blick auf die drei exemplarischen Politikfelder der Marktliberalisierung, der Marktregulierung und der „Durchbrechung“ des Marktes durch Umverteilung ermöglichen die mit Sorgfalt gewählten Fallstudien zu Beihilfenkontrolle, Lebensmittelsicherheit und zum Finanzausgleich zwischen territorial definierten politischen Einheiten einen Vergleich der Rechtsverwirklichung auf verschiedenen Governance-Ebenen.

Im Zusammenspiel von Faktizität und Geltung konturiert sich dabei die Frage nach der Herstellung und Bewahrung von Legitimität neu. Dass die Legitimation europäischer Rechtsakte im komplexen System des institutionellen Gleichgewichts noch lange nicht ausbalanciert ist, belegt die beharrliche Klage über das „Demokratiedefizit“ der EU. Inmitten einer Wirklichkeit, die der Politikwissenschaft den Perspektivenwechsel von der Steuerungs- zur Governancetheorie nahe legt und das Recht mitunter nur noch als transnationales Phänomen erkennen lässt, muss indes auf allen Ebenen des Regierens neu nach Legalität und Legitimität gefragt werden. Dieses Buch wagt Anfänge.



Michael Zürn und Christian Joerges (Hrsg.): *Law and Governance in Postnational Europe. Compliance beyond the Nation-State.* Cambridge University Press, Cambridge 2005. 297 Seiten, £ 45.

Gegen die Vernachlässigung

Bücher des Jahres, die wir gerne ausführlicher rezensiert hätten

von Tim B. Müller

Die Buchproduktion eines Jahres ist einschüchternd, nur wenig kann besprochen werden. Darum sind hier einige Bücher ausgewählt, die man nicht übersehen sollte. Diese Empfehlungen konzentrieren sich auf solche Bücher, die zu dieser Jahreszeit besonders gerne gelesen und verschenkt werden – auf historisch-politische Sachbücher.

Jürgen Manthey: *Königsberg. Carl*
Hanser Verlag,
€ 29,90.

Gerd Koenen: *Der*
Russland-Komplex.
C. H. Beck, € 29,90.

Gerhard Schreiber: *Kurze Geschichte*
des Zweiten
Weltkriegs.
C. H. Beck, € 14,90.

Norbert Frei: *1945*
und wir. Das Dritte
Reich im Bewußtsein
der Deutschen.
C. H. Beck, € 19,90.

Eric Frey: *Das*
Hitler-Syndrom. Über
den Umgang mit
dem Bösen in der
Weltpolitik. Eichborn
Verlag, € 19,90.

Konrad H.
Jarausch und
Michael Geyer: *Zerbrochener*
Spiegel. Deutsche
Geschichten im
20. Jahrhundert.
DVA, € 39,90.

Richard Overly: *Die*
Diktatoren. Hitlers
Deutschland, Stalins
Rußland. DVA, € 48.

Klaus Kellmann: *Stalin.* Primus
Verlag, € 24,90.

Eduard Mühle: *Für*
Volk und deutschen
Osten. Droste
Verlag, € 50.

Der Titel des besten deutschsprachigen historisch-politischen Sachbuchs des Jahres gebührt vielleicht am ehesten Jürgen Mantheys großer Biographie einer Stadt, die vor 750 Jahren gegründet wurde: „Königsberg“. Manthey beschwört den Geist einer „Weltbürgerrepublik“, den weder der russische Autokrat noch sein deutscher Freund erfasst haben dürften, als sie sich einsam – kein anderer Staats- oder Regierungschef der Region war eingeladen – zur Feier ins heutige Kaliningrad begaben. Die fatale Geschichte deutscher Russland-Faszination beschreibt Gerd Koenens großartiges jüngstes Buch „Der Russland-Komplex“, das hier nicht fehlen darf, auch wenn es noch ausführlicher gewürdigt werden soll. In der Stadt, deren deutsche Existenz vor 60 Jahren aufhörte, spiegelt sich das große Thema des vergangenen Jahres – das Kriegsende 1945.

Eine knappe und dennoch präzise „Kurze Geschichte des Zweiten Weltkriegs“ hat Gerhard Schreiber vorgelegt. Wie weit die Deutschen in den zurückliegenden sechs Jahrzehnten mit ihrer „Vergangenheitsbewältigung“ gekommen sind, bringt Norbert Frei in „1945 und wir“ gewohnt kenntnisreich auf den Punkt. Die politische Instrumentalisierung der nationalsozialistischen Verbrechen analysiert und kommentiert, nicht immer treffsicher, aber mitunter originell, Eric Freys „Das Hitler-Synd-

rom“. Den komplexen und heiklen, aber so oft auch formelhaft wiederholten Fragen, die sich aus der Darstellung der deutschen Vergangenheit ergeben, gewinnen Konrad H. Jarausch und Michael Geyer in „Zerbrochener Spiegel“ neue Einsichten ab. Richard Overlys gewaltige und meisterhafte Studie „Die Diktatoren“ zeigt so eingehend wie kein Buch zuvor, wie sinnvoll ein Vergleich von Hitler und Stalin sowie ihrer totalitären Gewaltherrschaften ist – und wo dessen Grenzen liegen. Den bekannten Seiten des sowjetischen Tyrannen fügt Klaus Kellmanns „Stalin“, ein gut lesbares und auch für Einsteiger geeignetes Buch, kleine Ergänzungen hinzu.

Das Verhältnis der Deutschen zur Welt führen an schlagenden historischen Beispielen zwei Bücher vor: Wie sehr sich die deutsche Wissenschaft immer wieder der Macht- und Expansionspolitik angedient hat und dabei durchaus auch zu innovativen fachlichen Ergebnissen gelangt ist, macht Eduard Mühles Werk über Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung, „Für Volk und deutschen Osten“, deutlich. Dieses Buch verdient besondere Erwähnung, weil es eine seit Jahren teils erbittert geführte Debatte nüchtern in manchen Punkten einer Klärung zuführt – und weil es trotz seines gewaltigen Umfangs und seiner streng akademischen Orientierung immer lesbar bleibt.

Schlanker, thesenstärker und provokativer tritt Dirk van Laaks „Über alles in der Welt“ auf, eine kleine Geschichte des deutschen Imperialismus. Der Autor sieht noch die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik in einer Kontinuität zur Kolonialidee.

Der Rest der Welt soll nicht vergessen werden. Wer begreifen will, was in der iranischen Gesellschaft vor sich geht, dem wurde mit der Übersetzung von Azar Nafisis vielgerühmtem Buch „Lolita lesen in Teheran“ ein großes Geschenk gemacht. Genauso viel erfährt der Leser darin über das Widerstandspotenzial, das große Literatur entfalten kann. Eine aktuelle Ergänzung dieser schon einige Jahre zurückliegenden Erfahrungen liefert die Neuausgabe von Navid Kermanis „Iran – Die Revolution der Kinder“. Die Vorgeschichte des jüdischen Staates erzählt meisterlich wie immer und mit viel Liebe für persönliche Details Tom Segev in „Es war einmal in Palästina“. Er zeigt, wie sehr die Briten, im Widerspruch zu bis heute verbreiteten historischen Klischees, die Gründung des Staates Israel gefördert haben. Die sachlich verlässliche Abenteuervariante eines kleinen Ausschnitts aus dieser Geschichte ist Richard Andrews' „Der Spion des Lawrence von Arabien“.

Amerika ist ohne Tocqueville nicht zu verstehen, und der französische Denker mit dem kalten, analytischen Blick auf die Neue Welt, der aristokratische Liberale, der die Erneuerungskraft der Demokratie erkannte und den großen Konflikt des 20. Jahrhunderts vorausahnte, ist nur schwer zu begreifen ohne die umfassende Biographie des „Alexis de Tocqueville“ aus der Feder von André Jardin. Amerika lässt sich aber auch nicht verstehen, wenn man die Zivilreligion des Kultes um die „Gründerväter“ und die immer neue Inszenierung dieser

Gründungsszene als Bezugspunkt der amerikanischen Politik ignoriert. Joseph J. Ellis hat nach einer Eloge auf alle Gründerväter nun mit „Seine Exzellenz George Washington“ ein nüchternes Porträt des ersten Präsidenten geschaffen, das auf lange Zeit unser Bild bestimmen wird.

Zwei politisch-theoretische Bücher sollen nicht verschwiegen werden. Ein immer aktueller Klassiker, Fritz Sterns „Kulturpessimismus als politische Gefahr“ von 1961, wurde neu aufgelegt. Ein anderer ist womöglich entstanden – André Glucksmanns Streitschrift „Hass. Die Rückkehr einer elementaren Gewalt“. Eindringlich, mit wechselnder Tiefenschärfe geht der französische intellektuelle Einzelkämpfer den fatalen Ideologien unseres Terrorzeitalters auf den Grund: Antisemitismus, Antiamerikanismus und Frauenhass. Auch davon soll hier ein andermal noch die Rede sein.

Zuletzt dürfen zwei Werke aus der Welt angelsächsischer Gelehrter nicht unerwähnt bleiben. Yuri Slezkines vielgerühmtes und heftig umstrittenes Buch „The Jewish Century“ verknüpft spannend erzählt und mit Mut zur These und zur Bildung von Idealtypen die Geschichte der Moderne mit der Geschichte der Juden. Und in einem Jahr, in der Imperien-Debatten gar nicht mehr zu zählen sind, zeigt nur ein Buch unter Verzicht auf alle vorschnellen Parallelisierungen, wie das britische Empire wirklich funktionierte. In der Geschichte der Royal Navy bricht sich in N. A. M. Rodgers „The Command of the Ocean“, dem monumentalen zweiten Band eines noch monumentaleren Unternehmens, jedes Detail britischer Herrschaft zwischen 1649 und 1815. Wenn wir das beste historisch-politische Sachbuch des Jahres wählen müssten – es wäre dieses.

Dirk van Laak:

Über alles in der Welt.

C. H. Beck, € 14,90.

Azar Nafisi: *Lolita*

lesen in Teheran.

DVA, € 17,90.

Navid Kermani:

Iran. Die

Revolution

der Kinder.

C. H. Beck, € 12,90.

Tom Segev: *Es*

war einmal in

Palästina. Juden

und Araber vor der

Staatsgründung

Israels. Siedler

Verlag, € 28.

Richard Andrews:

Der Spion des

Lawrence von

Arabien. Aufbau-

Verlag, € 24,90.

André Jardin:

Alexis de

Tocqueville.

Campus, € 29,90.

Joseph J. Ellis:

Seine Exzellenz

George

Washington.

C. H. Beck, € 24,90.

Fritz Stern:

Kulturpessimismus

als politische

Gefahr. Klett-Cotta,

€ 24,50.

André

Glucksmann:

Hass. Nagel &

Kimche im Carl

Hanser Verlag,

€ 19,90.

Yuri Slezkine: *The*

Jewish Century.

Princeton

University Press,

\$ 29,95.

N. A. M. Rodger:

The Command of

the Ocean. A

Naval History of

Britain, 1649–1815.

W. W. Norton, \$ 45.